

# „Historischer Wechsel“

BNN – Der Unabhängige Studierendenausschuss (UStA) am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) ist abgelöst durch den neu gewählten Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA). Dies sei ein „historischer Wechsel“. Der „erste politische AStA seit 36 Jahren“ vertrete aktuell mehr als 24.000 Studierende, teilt er mit. Seit 1977 vertrat der UStA die Studierenden. Das neue, verfasste Gremium darf aufgrund seines Mandats nun Beiträge von Studierenden erheben und selbst Verträge abschließen. Der AStA kündigte an, erste Beiträge voraussichtlich im Sommersemester 2014 zu erheben. Damit erreiche man finanzielle Unabhängigkeit vom KIT. Zwei Frauen führen das neue Studierendenparlament an: Es wählte Vera Schumacher zur Vorsitzenden und Alexa Schnur zu deren Stellvertreterin.

1976 wurde eine verfasste, öffentlich-rechtliche Studierendenschaft nur noch als Kann-Bestimmung ins Hochschulrahmengesetz aufgenommen – auch als Schachzug gegen das damalige politische Engagement der Studierendenvertretungen. Baden-Württemberg schaffte die verfassten Studierendenschaften 1977 ab, wie bereits vier Jahre zuvor die ebenfalls unionsgeführte Landesregierung Bayerns.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion gratuliert dem neu gebildeten AStA. Die Wahl. Diese markiere „eine historische Zäsur in der studentischen Mitbestimmung“ an der Karlsruher Universität, so die Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger. Sie lobt die „progressive Hochschulpolitik“ der grün-roten Landesregierung. Diese habe die Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft durchgesetzt und den Studierenden damit wieder mehr Mitbestimmungsrechte an den Hochschulen eingeräumt.

„Wir brauchen dringend mehr studentischen Wohnraum“, sagte AStA-Vorsitzende Vera Schumacher nach der Wahl. Stellvertreterin Schnur mahnte: „Die Studentenstadt Karlsruhe darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muss gelebte Kultur werden.“ Sie forderte auch, studentische Themen und die Belange Studierender in Karlsruhe müssten im Gemeinderat – insbesondere mit Blick auf die Gemeinderatswahlen 2014 – stärker berücksichtigt werden.

## „Historischer Wechsel“

BNN – Der Unabhängige Studierendenausschuss (UStA) am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) ist abgelöst durch den neu gewählten Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA). Dies sei ein „historischer Wechsel“. Der „erste politische AStA seit 36 Jahren“ vertrete aktuell mehr als 24 000 Studierende, teilt er mit. Seit 1977 vertrat der UStA die Studierenden. Das neue, verfasste Gremium darf aufgrund seines Mandats nun Beiträge von Studierenden erheben und selbst Verträge abschließen. Der AStA kündigte an, erste Beiträge voraussichtlich im Sommersemester 2014 zu erheben. Damit erreiche man finanzielle Unabhängigkeit vom KIT. Zwei Frauen führen das neue Studierendenparlament an: Es wählte Vera Schumacher zur Vorsitzenden und Alexa Schnur zu deren Stellvertreterin.

1976 wurde eine verfasste, öffentlich-rechtliche Studierendenschaft nur noch als Kann-Bestimmung ins Hochschulrahmengesetz aufgenommen – auch als Schachzug gegen das damalige politische Engagement der Studierendenvertretungen. Baden-Württemberg schaffte

---

### KIT-Studierende haben wieder verfasstes Parlament

---

die verfassten Studierendenschaften 1977 ab, wie bereits vier Jahre zuvor die ebenfalls unionsgeführte Landesregierung Bayerns.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion gratuliert dem neu gebildeten AStA. Die Wahl. Diese markiere „eine historische Zäsur in der studentischen Mitbestimmung“ an der Karlsruher Universität, so die Fraktionsvorsitzende Doris Baitinger. Sie lobt die „progressive Hochschulpolitik“ der grün-roten Landesregierung. Diese habe die Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft durchgesetzt und den Studierenden damit wieder mehr Mitbestimmungsrechte an den Hochschulen eingeräumt.

„Wir brauchen dringend mehr studentischen Wohnraum“, sagte AStA-Vorsitzende Vera Schumacher nach der Wahl. Stellvertreterin Schnur mahnte: „Die Studentenstadt Karlsruhe darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muss gelebte Kultur werden.“ Sie forderte auch, studentische Themen und die Belange Studierender in Karlsruhe müssten im Gemeinderat – insbesondere mit Blick auf die Gemeinderatswahlen 2014 – stärker berücksichtigt werden.